**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage des Abgeordneten Harm Rykena (AfD)

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung namens der Landesregierung

Versorgung der allgemeinbildenden Schulen mit Schulbegleitungen

Anfrage des Abgeordneten Harm Rykena (AfD), eingegangen am 21.08.2020 - Drs. 18/7323
an die Staatskanzlei übersandt am 07.09.2020

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung namens der Landesregierung vom 29.09.2020

Vorbemerkung des Abgeordneten

Seit der Einführung der inklusiven Schule in Niedersachsen zum Schuljahr 2013/2014 sollen Schüler, „die wegen einer bestehenden oder drohenden Behinderung auf sonderpädagogische Unterstützung angewiesen sind“, „durch wirksame individuell angepasste Maßnahmen unterstützt“ werden.¹ Dies hat zu einem Anstieg des Einsatzes von Schulbegleitungen geführt.

Die Unterstützung von Kindern mit Behinderungen durch Schulbegleitungen wird in der Regel nicht einheitlich durch eingestellte Fachkräfte durchgeführt, sondern ist von Klasse zu Klasse unterschiedlich geregelt. Integrationshelfer (synonym auch Schulbegleitungen, Schulassistenzen oder Integrationsassistenzen) übernehmen diese Tätigkeiten. Nach § 4 des NSchG und den §§ 75 sowie 112 SGB IX-neu wird eine Schulassistentin zur aktiven Teilnahme der Kinder und Jugendlichen am Unterricht gewährt.

Vorbemerkung der Landesregierung

Mit der Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) haben sich alle Vertragsstaaten verpflichtet, ein inklusives Bildungssystem auf allen Ebenen zu gewährleisten, um das Recht von Menschen mit Behinderungen ohne Diskriminierung und auf der Grundlage der Chancengleichheit zu verwirklichen.

Artikel 24 der UN-BRK führt aus: „Menschen mit Behinderungen dürfen nicht aufgrund ihrer Behinderung vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden“.

Dieser Rechtsanspruch von Kindern und Jugendlichen ist als Gemeinsames Lernen von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderung auszugestalten.

Schülerinnen und Schüler, die wegen einer bestehenden oder einer drohenden Behinderung auf Unterstützung angewiesen sind, werden durch individuell angepasste Maßnahmen unterstützt. Zum einen sind dies pädagogische, gegebenenfalls auch sonderpädagogische, Maßnahmen, umgesetzt in der Verantwortung der Schulen, zum anderen gegebenenfalls Eingliederungshilfeleistungen durch die zuständigen Träger der Eingliederungs- oder Jugendhilfe.

Schulbegleiterinnen und Schulbegleiter werden als Individualhilfe zum Ausgleich von behinderungsbedingten Nachteilen eingesetzt, um die Teilnahme von Kindern mit Behinderungen am Schulunterricht zu ermöglichen.

¹ Vgl.: § 4 Niedersächsisches Schulgesetz.

Den Schülerinnen und Schülern, die wegen einer bestehenden oder drohenden Behinderung auf Unterstützung angewiesen sind, wird die Schulassistenz ausgerichtet am individuellen Bedarf bewilligt. Die betroffenen Kinder haben einen individuellen Rechtsanspruch auf diese Leistung, wenn eine Inklusionshilfe zur Teilnahme an der schulischen Bildung und/oder zur Erreichung des schulischen Erfolges notwendig ist.

Rechtsgrundlage für Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe ist § 35 a des Sozialgesetzbuchs Achtes Buch (SGB VIII) i. V. m. § 112 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 des Sozialgesetzbuchs Neuntes Buch (SGB IX) bei (drohender) seelischer Behinderung; Rechtsgrundlage für Leistungen der Eingliederungshilfe ist § 75 i. V. m. § 112 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB IX bei geistiger und/oder körperlicher Behinderung.

1. Wie ist der Einsatz von Schulassistenzen bzw. Schulbegleitungen rechtlich geregelt (bitte immer mit Nennung der Rechtsgrundlage)?

a) Wie sind die Zuständigkeiten zwischen Bund, Land und Kommunen geregelt?

Für die Eingliederungshilfe sind nach § 94 Abs. 1 SGB IX i. V. m. § 3 des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Neunten und des Zwölften Buchs des Sozialgesetzbuchs (Nds. AG SGB IX/XII) die örtlichen Träger der Eingliederungshilfe, mithin die Landkreise und die kreisfreien Städte sowie die Region Hannover, zuständig. Diese nehmen die Aufgaben im eigenen Wirkungskreis wahr.

Die Schulbegleitung im Rahmen der Eingliederungshilfe für seelisch behinderte oder von einer seelischen Behinderung bedrohte Kinder und Jugendliche wird nach § 35 a SGB VIII bewilligt. Die Landkreise und kreisfreien Städte sowie die Region Hannover erfüllen die Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII innerhalb ihres eigenen Wirkungskreises durch das Jugendamt. Die Zuständigkeit ergibt sich aus § 1 Abs. 1 des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Achten Buchs des Sozialgesetzbuchs und zur Niedersächsischen Kinder- und Jugendkommission (Nds. AG SGB VIII), § 160 Abs. 4 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) i. V. m. § 69 Abs. 1 SGB VIII.

b) Wer kommt für die entstandenen Kosten auf, und was kostet der Einsatz eines Schulbegleiters?

Die entstandenen Kosten für Schulbegleitungen nach § 112 SGB IX werden von den örtlichen Trägern der Eingliederungshilfe, die Kosten für Schulbegleitungen nach § 35 a SGB VIII werden von den örtlichen öffentlichen Trägern der Kinder- und Jugendhilfe getragen.

Die Vielzahl unterschiedlicher Beeinträchtigungen zieht einen individuellen, höchst unterschiedlichen Assistenzbedarf (z. B. alltagsbegleitend, pädagogisch, medizinisch, pflegerisch, therapeutisch) nach sich. Die notwendige Hilfe wird individuell in jedem Einzelfall bewilligt. Daher variieren die Kosten für die Schulbegleitung. Über die Höhe und Bandbreite der Kosten im Einzelfall liegen der Landesregierung aufgrund der kommunalen Aufgaben- und Finanzverantwortung keine Informationen vor. Eine entsprechende aufwändige Abfrage konnte aus Zeitgründen nicht erfolgen.

c) Wie ist das Einstellungsverfahren geregelt? Wer hat ein Mitbestimmungsrecht bei der Auswahl von Schulbegleitungen?

Die Erbringung der Leistungen nach § 35 a SGB VIII erfolgt durch freie Träger.

Schulassistenzen nach dem SGB IX stehen ebenfalls meist in einem Angestelltenverhältnis mit einem Leistungsanbieter, der in freier Trägerschaft steht. Eine weitere Option stellt hier jedoch auch das Elternarbeitgebermodell in Form eines Beschäftigungsverhältnisses direkt mit den Eltern des Kindes mit Behinderung dar.

Die Einstellung von Personal und die Verfahren erfolgen in Trägerverantwortung oder Verantwortung der Eltern und sind der Landesregierung nicht bekannt.

Im nach § 117 SGB IX für Leistungen der Eingliederungshilfe durchzuführenden Gesamtplanverfahren sind die leistungsberechtigte Person bzw. deren gesetzliche Vertreter zu beteiligen, ebenso wie beteiligte Rehabilitationsträger und betroffene Leistungsträger.

Die Entscheidung über die nach dem SGB VIII im Einzelfall angezeigte Hilfeart soll, wenn Hilfe voraussichtlich für längere Zeit zu leisten ist, im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte getroffen werden. Als Grundlage für die Ausgestaltung der Hilfe sollen sie zusammen mit dem Personensorgeberechtigten und dem Kind oder dem Jugendlichen einen Hilfeplan aufstellen, der Feststellungen über den Bedarf, die zu gewährende Art der Hilfe sowie die notwendigen Leistungen enthält; sie sollen regelmäßig prüfen, ob die gewählte Hilfeart weiterhin geeignet und notwendig ist. Werden bei der Durchführung der Hilfe andere Personen, Dienste oder Einrichtungen tätig, so sind sie oder deren Mitarbeiter an der Aufstellung des Hilfeplans und seiner Überprüfung zu beteiligen (§ 36 Abs. 2 SGB VIII). Weiterhin soll noch diejenige Person an der Aufstellung oder Änderung des Hilfeplans teilnehmen, die die Stellungnahme hinsichtlich der Abweichung der seelischen Gesundheit nach § 35 a Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VIII verfasst hat. Hierbei handelt es sich um eine Ärztin oder einen Arzt bzw. eine Psychotherapeutin oder einen Psychotherapeuten nach § 35 a Abs. 1 a Nrn. 1 bis 3 SGB VIII.

Bei der Gestaltung der Hilfe haben die Leistungsberechtigten nach § 8 SGB IX und § 5 SGB VIII zudem das Recht, zwischen Einrichtungen und Diensten verschiedener Träger zu wählen und Wünsche zu äußern. Der Wahl und den Wünschen soll entsprochen werden, sofern dies nicht mit unverhältnismäßigen Mehrkosten verbunden ist.

Ziel bei der Auswahl der Schulassistenz sollte immer eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten, hauptsächlich mit der Schülerin / dem Schüler sein, um einen reibungslosen Unterrichtsablauf zu gewährleisten.

d) Welche beruflichen und persönlichen Voraussetzungen für die Arbeit als Schulbegleitung gibt es?

Verbindliche Vorgaben über Qualifikationen liegen nicht vor. Die Vielzahl unterschiedlicher Beeinträchtigungen zieht einen individuellen höchst unterschiedlichen Assistenzbedarf (z. B. alltagsbegleitend, pädagogisch, medizinisch, pflegerisch, therapeutisch) nach sich. Entsprechend individuell sind die Voraussetzungen an die Schulbegleitungen. Die Qualifikation sollte dabei dem Bedarf des Kindes entsprechen.

e) Wie lange sind Schulbegleitungen täglich verpflichtet, ein Kind bzw. einen Jugendlichen zu betreuen?

Die Schulbegleitung orientiert sich am individuellen Assistenzbedarf des jeweiligen Schülers bzw. der jeweiligen Schülerin. Je nach individuellem Bedarf der Schülerin oder des Schülers können sich Dauer und Häufigkeit des Einsatzes der Schulbegleiterinnen und Schulbegleiter stark unterscheiden.

Die Ausgestaltung der Hilfeleistung ist individuell für jedes Kind und Jugendlichen im Rahmen des Hilfeplans festzulegen (siehe Antwort zu Frage 1 c).

f) Welche Aufgaben haben Schulbegleitungen im Verlaufe eines Schultages (während der Ankommenszeit, in den Pausen, im Unterricht und nach Ende des Unterrichts)? Um eine konkrete Auflistung der Aufgaben im pflegerischen, im pädagogischen und im unterrichtlichen Bereich wird gebeten.

Die Schulbegleitung orientiert sich am individuellen Assistenzbedarf des jeweiligen Schülers bzw. der jeweiligen Schülerin, der auf der Art der Behinderung beruht. Je nach individuellem Bedarf der Schülerin oder des Schülers kann sich die Art des Einsatzes der Schulbegleiterinnen und Schulbegleiter (z. B. alltagsbegleitend, pädagogisch, medizinisch, pflegerisch, therapeutisch) stark unterscheiden, sodass eine abschließende Aufzählung aller Aufgaben nicht möglich ist.

Typische Tätigkeiten im Rahmen der Schulassistenz sind z. B.:

- Begleitung und Orientierungshilfe auf dem Schulweg, auf dem Schulgelände, im Schulgebäude und Klassenzimmer,
- Hilfen für lebenspraktische Verrichtungen, z. B. Umkleiden zum Sportunterricht, Toilettengang, Einnahme von Mahlzeiten,
- Unterstützung bei Schulfahrten und Klassenausflügen,
- Unterstützung beim Verwenden von behinderungsspezifischen Hilfsmitteln im Unterricht sowie bei der Verwendung von Arbeitsmaterialien,
- Hilfe bei der Kommunikation für Hör- und Sehbehinderte, z. B. Vorlesehilfe, Hilfe bei der Kommunikation mit den Lehrkräften,
- Unterstützung bei der Planung und der Ordnung von Zeit, Arbeitsplatz und Aufgaben; Impulsgebung zur Strukturierung und Aufmerksamkeitsausrichtung,
- Unterstützung im emotionalen und sozialen Bereich im Sinne der Prävention und Intervention bei Selbst- und Fremdgefährdung, Sachaggression und bei Krisen (Krisen vorbeugen und in Krisen Hilfestellung leisten, Auszeiten vom Klassenverband anbieten).

g) Welche Aufgaben im Schulalltag dürfen Schulbegleitungen ausdrücklich nicht übernehmen? Um eine konkrete Auflistung der Aufgaben wird gebeten.

Als Eingliederungshilfen kommen nur schulbegleitende Leistungen in Betracht, die erforderlich und geeignet sind, den Schulbesuch zu ermöglichen.

Die Aufgaben von Schulbegleitungen sind für den speziellen Bedarf der von ihnen begleiteten Schülerin bzw. des von ihnen begleiteten Schülers jeweils individuell zu bestimmen. Das Ziel der Schulbegleitung ist die Eingliederung einer Schülerin oder eines Schülers in die Klassen- und Schulgemeinschaft. Aus diesem Ziel sind die Aufgaben der Schulbegleitung positiv abzuleiten. Nicht betraut werden dürfen sie mit den Aufgaben des schulischen Personals, wie z. B. dem Führen von Aufsichten nach § 62 des Niedersächsischen Schulgesetzes (NSchG) oder dem Unterrichten. Eine vollständige Auflistung der Tätigkeiten, die Schulbegleitungen nicht übernehmen dürfen, im Sinne einer „Negativliste“ ist nicht möglich.

Die Aufgaben der Schulbegleitung lassen sich vielmehr positiv beschreiben: Die Schulbegleitung unterstützt die Schülerin bzw. den Schüler im Unterricht bei Alltagssituationen, bei der Organisation und Strukturierung des schulischen Alltags, beugt Gefahrensituationen vor und hilft auch bei der Kommunikation mit Lehrkräften und Mitschülerinnen und Mitschülern.

h) Inwiefern ist eine Kooperation für die Vor- und Nachbereitung eines Schultages notwendig? Welche Absprachen haben Lehrkräfte mit Schulbegleitungen bezüglich des Schultages zu treffen?

Die Aufgabenverteilung zwischen Lehrkräften und Schulbegleitungen ist grundsätzlich geregelt. Schulbegleitungen müssen insofern nicht in die Unterrichtsvor- und -nachbereitung mit eingebunden werden, da diese die originäre Aufgabe der Lehrkräfte ist. Abzusprechen ist im jeweiligen Einzelfall, in welchem Umfang und in welcher Intensität die jeweilige Schülerin bzw. der jeweilige Schüler im Unterricht und in den Pausen unterstützt werden muss. Im Unterricht kann dies unter Umständen verschiedenen Fächern variieren.

- i) Wer ist rechtlich für auftretende Schäden am Inventar, Aufsichtspflichtverletzungen, das unerlaubte Verlassen des Schulgeländes oder entstehende Verletzungen am Kind bzw. Jugendlichen zuständig, wenn die Schulassistenz den Schüler beim Nehmen einer Auszeit vom Unterricht im Schulgebäude oder auf dem Schulhof begleitet? Um die Benennung der rechtlichen Grundlagen wird gebeten.**

Zu unterscheiden sind präventive Maßnahmen einerseits von Reaktionen auf schädigendes, verletzendes oder anderes unerlaubtes Handeln andererseits.

Im Rahmen präventiver Maßnahmen kann es insbesondere bei Schülerinnen und Schülern mit einer seelischen Behinderung erforderlich sein, dass diese die Lerngruppe verlassen, um sich emotional stabilisieren zu können. Die Schulbegleitung unterstützt diesen Prozess und findet in Absprache mit der Lehrkraft den richtigen Zeitpunkt und den richtigen Weg, die Schülerin oder den Schüler wieder in die Lerngruppe einzugliedern. Beim Verlassen der Lerngruppe aus diesem Grund muss gewährleistet sein, dass es nicht zu schädigendem, verletzendem oder anderem unerlaubtem Verhalten kommt.

Sollte die Unterrichtsbegleitung feststellen, dass sie während einer solchen Maßnahme dies im Rahmen ihrer Möglichkeiten nicht gewährleisten kann, meldet sie dies der zuständigen Lehrkraft. Diese nimmt den Sachverhalt auf, entscheidet über das weitere pädagogische Vorgehen und leitet gegebenenfalls rechtliche Schritte auf Basis der Möglichkeiten des Niedersächsischen Schulgesetzes ein. Verantwortlich für die Einhaltung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften und der Schulordnung ist die Schulleiterin oder der Schulleiter (§ 43 Abs. 2 Satz 2 NSchG).

Im Falle von schädigendem oder verletzendem Verhalten ist gegebenenfalls darüber hinaus Anzeige zu erstatten.

- j) Welche rechtliche Grundlage gilt an Tagen, an denen für das Kind bzw. den Jugendlichen keine Schulassistenz verfügbar ist, wenn die aktive Teilnahme am Unterricht nur durch eine Schulbegleitung ermöglicht wird?**

Der Anspruch auf Schulbegleitung bedeutet nicht, dass die Schulbesuchspflicht nur unter Hinzuziehung einer Unterrichtsbegleitung erfüllt werden kann. Sollte eine Unterrichtsbegleitung an einzelnen Tagen nicht zur Verfügung stehen, so stehen den Schulen vielfältige flexible Möglichkeiten zur Verfügung, um auf diese Situation angemessen zu reagieren.

So stehen an allen niedersächsischen Schulen Stunden von Förderschullehrkräften zur Verfügung, deren flexibler Einsatz mit dem Erlass „Schulinterne sonderpädagogische Beratung an allgemeinen Schulen“ (RdErl. d. MK v. 01.02.2019 - 53.4 - 80 109-10 - VORIS 22410) geregelt ist.

2. Wie wird der Bedarf an Schulbegleitungen ermittelt?

Die Prüfung der Voraussetzungen, ob ein Anspruch auf eine Eingliederungshilfe vorliegt, nehmen die Kommunen im eigenen Wirkungskreis vor.

Leistungen der Eingliederungshilfe werden gemäß § 99 SGB IX i. V. m. § 53 SGB XII i. V. m. § 2 Abs. 1 SGB IX an Personen gewährt, die körperliche, geistige, seelische oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, die sie in Wechselwirkung mit einstellungs- und umweltbedingten Barrieren an der gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate hindern können. Eine Beeinträchtigung liegt vor, wenn der Körper- und Gesundheitszustand von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweicht. Die Beeinträchtigung ist durch eine fachärztliche Diagnose nach ICD-10 zu belegen. Gemäß § 118 SGB IX ist die durch die Diagnose bedingte Teilhabe einschränkung in einem Bedarfsermittlungsverfahren (in Niedersachsen „BedarfsErmittlung Niedersachsen“ - kurz B.E.Ni genannt) mit der leistungsberechtigten Person bzw. deren gesetzlichen Vertretern festzustellen.

3. Wie viele Schulbegleitungen werden derzeit benötigt?

Hierzu liegen der Landesregierung keine Daten vor.

4. Wie viele Schüler haben eine Schulbegleitung?

Zum Stichtag 31.12. des Berichtsjahrs 2018 haben 4 181 Leistungsberechtigte eine Integrationshilfe an Regel- und Förderschulen sowie teilstationären Einrichtungen als Eingliederungshilfeleistung nach dem SGB XII (a. F.) in Anspruch genommen. Das Ergebnis beruht auf Meldungen aller Örtlicher Träger der Sozialhilfe bzw. Teilnehmern des Niedersächsischen Kennzahlenvergleichs in der Eingliederungshilfe nach dem SGB XII (a. F.). Die Zahlen für das Berichtsjahr 2019 liegen noch nicht vor.

Der Landesregierung liegen für Schulbegleitungen im Rahmen des § 35 a SGB VIII nur die Daten von 39 niedersächsischen Jugendämtern vor. Diese sind in der Integrierten Berichterstattung Niedersachsen (IBN) zusammengeschlossen und haben diese Angaben freiwillig in diesem Rahmen mitgeteilt. 15 Jugendämter haben keine Angaben gemacht oder sind nicht in der IBN. Es gibt für die Jugendämter keine Pflicht, diese Daten zu erfassen.

Im Bereich der teilnehmenden Jugendämter erhielten im Jahr 2019 3 492 Kinder und Jugendliche eine Schulbegleitung.

5. An wie vielen allgemeinbildenden Schulen gibt es keine Schulbegleitung, obwohl ein Bedarf beantragt wurde?

Die Eingliederungshilfe nach § 112 SGB IX und § 35 a SGB VIII ist eine Leistung, die für Kinder und Jugendliche erbracht wird, bei denen ein entsprechender Bedarf besteht. Die Beantragung dieser Leistung erfolgt durch die Erziehungsberechtigten des Kindes oder Jugendlichen beim örtlichen Eingliederungshilfeträger oder öffentlichen Jugendhilfeträger und nicht durch die Schule. Es handelt sich um einen sozialleistungsrechtlichen Bedarf zur Ermöglichung des Schulbesuchs im Einzelfall und nicht um einen infrastrukturellen Bedarf der Schule.

6. Wie viele allgemeinbildende Schulen haben eine Schulbegleitung, die maßgeblich nur für einen Schüler zuständig ist?

Siehe Antwort zu Frage 5.

7. Wie viele allgemeinbildende Schulen haben eine Schulbegleitung, die für mehrere Schüler zuständig ist? Auf welcher rechtlichen Grundlage ist dies möglich?

Die rechtliche Grundlage für den schulbezogenen Einsatz der Schulbegleitungen in den inklusiven Schulen gegebenenfalls im Rahmen einer „Poolbildung“ ist durch das Bundesteilhabegesetz mit der Änderung des § 112 Abs. 4 SGB IX zum 01.01.2020 geschaffen worden. Danach kann unter Einbeziehung der Schule eine gemeinsame Inanspruchnahme von Leistungen der Eingliederungshilfe im Bildungsbereich durch mehrere Berechtigte erfolgen, wenn dies zumutbar ist und dem Wunsch der Betroffenen entspricht.

Nach hiesigem Kenntnisstand² haben von dieser Möglichkeit ca. acht örtliche Träger der Eingliederungshilfe Gebrauch gemacht, größtenteils im Rahmen von Projekten für eine Auswahl an Schulen. Statistische Daten, an wie vielen Schulen Schulbegleiter im Rahmen der Poolbildung eingesetzt sind, liegen dem Land nicht vor.

² Stand April 2020

8. Wer entscheidet über den Einsatz einer Schulbegleitung für einen Schüler?

In Niedersachsen liegt die sachliche Zuständigkeit bei den Landkreisen, kreisfreien Städten und der Region Hannover als örtlichen Trägern der Eingliederungshilfe und der Jugendhilfe. Diese nehmen die Aufgabe im eigenen Wirkungskreis wahr und entscheiden im Einzelfall vor Ort über Inhalt und Umfang der zu bewilligenden Leistungen.

9. Wer stellt verbindlich fest, ob ein Schüler eine Schulbegleitung benötigt?

Die Zuständigkeit für die Gewährung einer Eingliederungshilfe nach § 75 SGB IX und § 35 a SGB VIII liegt bei den örtlichen Eingliederungshilfeträgern und kommunalen Jugendämtern (siehe Antwort zu Frage 1 a). Somit stellen der zuständige Eingliederungshilfeträger und das zuständige Jugendamt fest, ob eine Eingliederungshilfe in Gestalt einer Schulbegleitung notwendig ist.

10. Wer legt auf welcher rechtlichen Grundlage fest, wie viele und welche (Schul-)Stunden die Schulbegleitung den Schüler begleitet?

In Niedersachsen liegt die sachliche Zuständigkeit bei den Landkreisen, kreisfreien Städten und der Region Hannover als örtlichen Trägern der Eingliederungshilfe und der Jugendhilfe. Diese nehmen die Aufgabe im eigenen Wirkungskreis wahr und entscheiden im Einzelfall vor Ort über Inhalt und Umfang der zu bewilligenden Leistungen. Der Bedarf der Eingliederungshilfe nach dem SGB IX wird nach § 118 SGB IX mittels B.E.Ni festgestellt (siehe Antwort zu Frage 2).

Die Ausgestaltung der Hilfeleistung der Kinder- und Jugendhilfe ist individuell für jedes Kind und Jugendlichen im Rahmen des Hilfeplans festzulegen (siehe Antwort zu Frage 1 c).

11. Welche Mitspracherechte haben die jeweiligen Lehrkräfte bei der Tätigkeit der Schulbegleitung in ihrem Fachunterricht?

Die Lehrkräfte entscheiden über die Gestaltung des Unterrichts und sprechen mit den Unterrichtsbegleitungen Inhalte, Umfang und Intensität der Unterstützung ab.

12. Wer ist Schulbegleitungen gegenüber weisungsbefugt (bitte mit Nennung der Rechtsgrundlage)?

Schulassistenzen stehen meist in einem zivilrechtlichen Angestelltenverhältnis mit einem Leistungsanbieter, der in freier Trägerschaft steht oder in einem Beschäftigungsverhältnis mit den Eltern des Kindes mit Behinderung. Innerhalb dieser Vertragsverhältnisse besteht eine Weisungsbefugnis.

Die Weisungsbefugnis gegenüber allen an der Schule tätigen Personen liegt darüber hinaus bei der Schulleitung (§ 43 Abs. 2 Satz 1 NSchG): Die Schulleitung kann einzelne Bereiche der Weisungsbefugnis delegieren, z. B. die Weisungsbefugnis gegenüber Unterrichtsbegleitungen an die unterrichtenden Lehrkräfte.

13. Sind Schulbegleitungen verpflichtet, an den verschiedenen Konferenzen (z. B. Gesamtkonferenz, allgemeine Dienstbesprechung) teilzunehmen? Um die Benennung der rechtlichen Grundlagen wird gebeten.

Nein. Die Zusammensetzung und Verfahren der Konferenzen regelt § 36 NSchG.

14. Wie werden Schüler bewertet, die von einer Schulbegleitung im Unterricht und in Prüfungen Hilfestellungen bekommen? Gelten für Leistungen, die von diesen Schülern mit Hilfe einer Schulbegleitung erbracht wurden, die gleichen Bewertungskriterien wie für die anderen Schüler? Um die Benennung der rechtlichen Grundlagen wird gebeten.

Schülerinnen und Schüler, die von einer Unterrichtsbegleitung im Unterricht Unterstützung erhalten, werden nach denselben Kriterien bewertet wie alle Schülerinnen und Schüler. Gegebenenfalls ist von der Klassenkonferenz ein Nachteilsausgleich zu beschließen.

Rechtsgrundlage hierfür sind vor allem folgende Erlasse und folgende Verordnung:

- schriftliche Arbeiten in den allgemeinbildenden Schulen (RdErl. d. MK v. 22.03.2012 (SVBl. S. 266), geändert durch RdErl. v. 09.04.2013 [SVBl. S. 222]) - VORIS 22410 -,
- Erlass zur Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Schwierigkeiten im Lesen, Rechtschreiben oder Rechnen (RdErl. d. MK vom 04.10.2005 [SVBl. S. 560]) - VORIS 22410 -,
- Verordnung über die Abschlüsse im Sekundarbereich I der allgemeinbildenden Schulen einschließlich der Freien Waldorfschulen (AVO-Sek I) v. 07.04.1994 (Nds. GVBl. S. 197; SVBl. S. 140), zuletzt geändert durch Verordnung vom 03.05.2016 (Nds. GVBl. S. 89, SVBl. S. 330) - VORIS 224100141 -.

(Verteilt am 06.10.2020)